

# Militarisiertes Wassermanagement

Die Autorin ist Journalistin in Thailand mit Schwerpunkt auf Umweltfragen.

Thailand erlebt auf Grund von El Niño seine schlimmste Dürre seit Jahrzehnten. Der Mekong hat den niedrigsten Wasserstand seitdem dieser vor fast hundert Jahren zum ersten Mal gemessen wurde. Das Landwirtschaftsministerium gibt an, dass über viertausend Quadratkilometer landwirtschaftlicher Fläche betroffen sind, und dass es einen Verlust von sechs Millionen Tonnen landwirtschaftlicher Erzeugnisse und Einnahmeausfälle von 400 Millionen Euro gab. Viele Bauern berichten, dass sie sich verschuldet haben, nachdem ihre Investitionen zu keinem Ertrag geführt hatten.

Das Militärregime nutzt die Dürre, um einige kontroverse Wasserprojekte aus der Mottenkiste zu holen. Eines davon ist ein Plan, Wasser aus dem Mekong in den Nordosten umzuleiten, trotz Bedenken seitens der Länder, die flussabwärts liegen. Unter Berufung auf Artikel 44 der Übergangsverfassung, der dem Regime erlaubt, Gesetze und Projekte im Schnellverfahren durchzuführen, wird nun der Bau des Mae Wong-Staudamms wieder zum Leben erweckt. Dieses 33 Millionen Euro teure Projekt wird laut Regierung zur Bewässerung und Flutprävention beitragen. Das Militärregime ignoriert damit auch Proteste aus dem Jahr 2013, als BewohnerInnen und AktivistInnen 300 Kilometer nach Bangkok marschierten.

## Zentralisiertes Wassermanagement

Zurzeit wird an verschiedenen Orten eine ganze Reihe kontroverser Wasserprojekte vorgeschlagen. Sie haben alle gemeinsam, dass sie das Wassermanagement zentralisieren. Laut einer Studie des Thailand Development Research Instituts (TDRI) aus dem Jahr 2015 führt aber die Zentralisierung von Wassermanagement dazu, dass Wasserprobleme weniger effektiv gelöst werden können. Dies liegt daran, dass die 1997 eingeführten Komitees zur Verwaltung von Wassereinzugsgebieten machtlos sind. So nutzen die Menschen flussaufwärts so viel Wasser wie sie wollen – flussabwärts gehen die Menschen leer aus. Diese appellieren dann an die Zentralregierung, dass Wasser in ihr Gebiet umgeleitet werden soll, was aber bloß zu neuen Konflikten führt.

Die TDRI-Studie empfiehlt, dass die Regierung nur in Krisensituationen eingreifen sollte und im Normalfall das Management dezentralisieren sollte. Sie beruft sich auf positive Erfahrungen in Japan, Frankreich und den Niederlanden, wo partizipative Gremien das Wasser in Einzugsgebieten regeln und Entscheidungen über Wasserverteilung, Steuererhebungen und ökologische Bewirtschaftung weitgehend selbst entscheiden.

## Vom Fluss Ing lernen

Aus dem Beispiel des Flusses Ing im Norden Thailands lassen sich wichtige Lehren ziehen. Bis die Regierung vor 20 Jahren eine Pumpstation installierte, organisierten die lokalen Gemeinden am Fluss mit informellen Absprachen selbst das Wasser. 14 Staudämme und weitere Pumpstationen wurden gebaut und machten ebenjene Absprachen hinfällig. Zunächst profitierten die Bauern von den Bewässerungsanlagen und konnten auch in der Trockenzeit Feldfrüchte anbauen. Doch dann bauten sie immer durstigere Cash Crops, wie Zuckerrohr, Mais und Bananen an. Wald an den Hängen wurde dafür gerodet, was den Umfang der vorhandenen Wasserressourcen noch weiter verringerte.

In ihrer Hast, mehr und mehr und das ganze Jahr über anzubauen, verfielen die Bauern in einem Teufelskreis aus Verschuldung und Verfügbarkeit von Wasser. Gewaltsame Wasserkonflikte waren die Folge. Heute ist Dürre zum Problem geworden, trotz staatlicher Wasserinfrastruktur. Die Wasserknappheit zwang die Regierung letztendlich Wasser aus dem Mekong in den Ing umleiten zu lassen.

Jedoch hatten die Bewohner vor Ort dazugelernt und wussten, dass sie sich nicht auf zentralisierte Infrastruktur verlassen könnten, da sie dann auch nicht mitbestimmen könnten, wo und wann das Wasser fließt. »Neue Lösungen werden neue Probleme schaffen«, sagten sie. Sie protestierten so lange, bis die Pläne auf Eis gelegt wurden. Heute haben sie ein informelles Gremium für den Ing geschaffen, mithilfe dessen sich verschiedene Nutzer absprechen und die Renaturierung des Flusses vorantreiben können.

## Die Zukunft verbaut

Nach jedem Regimewechsel werden veraltete Wasserprojekte wie der Mae Wong-Staudamm oder die Umleitung des Mekongs neu aufgelegt. Unter dem Militärregime sind die Auswirkungen der Zentralisierung noch problematischer, als unter einer gewählten Regierung. Ohne Meinungsfreiheit können kontroverse Wasserprojekte eher gegen den Willen der Bewohner durchgesetzt werden, da die Regierung nicht zur Rechenschaft gezogen werden kann. Die Projekte, die unter diesen Umständen zu Stande kommen werden auch nach einer möglichen Rückkehr zur Demokratie die Zentralisierung der Macht in den Händen des Staates für lange Zeit zementieren. Der Bevölkerung bleibt dann nichts anderes, als passiv auf die Wasserverteilung zu warten. ■